

(Dr. Bernd Murschel)

Zu der EU-Rahmenstrategie kurz zwei, drei Worte: Im Fazit ist das ein guter Vorstoß, aber einiges können wir besser. Herr Lusche, es geht nicht darum, dass wir der EU vorschreiben, welche Energiepolitik oder Klimaschutzpolitik sie machen soll, sondern wir wollen in einem gemeinsamen Dialog die besten Lösungen finden. Es muss die Frage gerechtfertigt sein: Was ist eine zentralistische europäische Klimaschutz- und Energiepolitik, und was ist unser nationales, vielleicht sogar regionales Energieziel?

Die Ziele der Energieunion sind auch sehr stark ökonomische Ziele, die Preissicherheit beinhalten. Das muss man sich klar machen. Hier geht es um viel, viel, viel Geld. Wir können aber einen integrierten Energiemarkt nur dann unterstützen – darum geht es im Kern –, wenn er sich nicht mit den Technologien beschäftigt, die wir nicht haben wollen. Doch das steht explizit in der Mitteilung zu dem Thema Forschungsschwerpunkte: Bei der Atomkraft, bei der Förderung von neuen Atomanlagen – ITER –, bei der Gewinnung von Schiefergas sowie durch Fracking bei CO₂-Abtrennung und -Speicherung sollen wir die Forschungsführerschaft haben. Das wollen wir seitens der Grünen nicht.

Deswegen lautet die Botschaft von uns: Wir wollen eine gemeinsame Energiepolitik, aber eine nachhaltige, umweltfreundliche Energiepolitik, die auf diese Technologien setzt, die die erneuerbaren Energien bevorzugt und die Energieeffizienz zum Ziel hat. Das ist der Kern unseres Antrags, aber – leider – nicht der Kern des Antrags der CDU. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir werben für die Annahme unseres Antrags.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei den wichtigsten und zentralen Themen dieser Mitteilung der Europäischen Kommission gibt es trotz der zwei unterschiedlichen Anträge, die vorliegen, hier im Haus Einigkeit.

Das eine zentrale Thema ist das Thema „Versorgungssicherheit, Energieunion“, bei dem es insbesondere um zwei Bereiche geht. Der eine ist, dass wir uns bei der Sicherung der Gasversorgung flexibler aufstellen, uns unabhängiger vom Gas aus Russland, aus der Ukraine machen, indem wir stärker auf LNG setzen, indem wir unser Pipelinennetz, unsere Speicher ausbauen. Als Beispiel nenne ich nur das Thema „Reverse Flow“; das heißt, dass unsere Pipelines künftig auch in der Lage sind, Gas in beide Richtungen zu transportieren, wie es beim Strom üblich ist.

Es geht auch um mehr Energieeffizienz. Wir sollten insgesamt insbesondere im Bereich der Ölimporte Abhängigkeiten reduzieren, weil wir dann weniger importieren müssen. Das ist jedoch ein Bereich, in dem absolut Einigkeit besteht, obwohl in beiden Anträgen dazu nichts steht. Doch wir haben hier großen Konsens.

Beim Thema Energieeffizienz gibt es in Nuancen Unterschiede. Aber beim Thema „Emissionshandel für Treibhausgase“

gibt es – ich ziehe einmal die zusammengefassten Inhalte aus der Mitteilung des Umweltministeriums heran – großen Konsens. Ich schaue einmal auf den Aktionsplan „Klimaschutz 2020“ der Bundesregierung, mit dem wir etwas am Emissionshandel ändern wollen. Für den Zeitraum ab 2020 sind in diesem Bereich schon Reformen geplant; es sollen mehr Zertifikate aus dem Markt genommen werden. Für die Zeit davor ist das noch nicht vorgesehen. An dieser Stelle kämpft man gemeinsam. Vor diesem Hintergrund möchte ich trotz der beiden unterschiedlichen Anträge hier ganz bewusst noch einmal die Gemeinsamkeiten betonen.

Trotzdem gibt es natürlich Unterschiede, auf die ich kurz eingehen möchte. Beim Thema Energieeffizienz gibt es einen Unterschied. Sie, Herr Kollege Lusche, sagen, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten auch über das, was hier vereinbart ist, hinausgehen können. Das ist selbstverständlich. Wir hätten uns auch höhere verbindliche Ziele gewünscht. Das ist unsere Position. Das ist der Unterschied an dieser Stelle. Dazu stehen wir auch; das ist klar. Ich finde, wir brauchen gerade, wenn wir auf EU-Ebene vorangehen wollen, ambitionierte Ziele. Ich will nicht sagen, dass wir im Vergleich zu anderen schlecht wären. Doch ich glaube, dass es z. B. mit einer verbindlichen Umsetzung in den Mitgliedsstaaten letzten Endes noch ambitionierter, noch besser gewesen wäre. Deswegen sind wir an dieser Stelle nicht so weit, wie wir es uns wünschen würden, jedoch im Vergleich weltweit trotzdem durchaus noch ein Zugpferd. Das will ich nicht bestreiten.

Beim Thema Atomenergie ist an Ihrem Antrag gut, dass wir uns hier gemeinsam zu dem Atomausstieg in Deutschland bekennen. Es ist richtig – das haben Sie gesagt –, dass wir in Deutschland natürlich nicht die Blaupause liefern können. Das entscheiden natürlich auch die anderen Staaten. Das ist selbstverständlich.

Vor dem Hintergrund, welche Gefahren die Atomenergie birgt – insbesondere, wenn man sich den Unfall in Fukushima anschaut und auch die ungelöste Endlagerfrage berücksichtigt –, muss ich sagen, dass ich sehr enttäuscht darüber bin, dass diese große Problematik, die gerade durch die grenznahen Reaktoren wie Fessenheim unsere Sicherheit gefährdet, in der Mitteilung der Europäischen Kommission überhaupt nicht adressiert ist. Das enttäuscht. Wir können es nicht von heute auf morgen schaffen, aber wir müssen dieses Thema adressieren, auch in der europäischen Politik, und deutlich machen, dass wir in Deutschland die Kernenergienutzung auch international für nicht verantwortbar halten. Wir dürfen nicht besserwisserisch auftreten, aber wir müssen unsere Meinung einbringen. Das haben wir mit dem entsprechenden Beschluss teil unseres Antrags auch gemacht.

Ein anderer Punkt, der in Ihrem Antrag nicht enthalten ist – das heißt nicht, dass Sie dagegen wären –, ist das Thema CO₂-Abscheidung, die bei industriellen Produktionsprozessen durchaus sinnvoll sein kann. Aber dass in der CO₂-Abscheidung das Glück und letzten Endes ein großer Erfolg im Klimaschutz liegen würde, sehen wir nicht. Damit schaffen wir vielmehr wieder ungelöste Speicherfragen, abgesehen davon, dass es auch ein riesiger Verlust an Energieeffizienz ist, wenn man viel Energie für die CO₂-Abtrennung aufwenden muss. Deswegen haben wir hier noch einmal aufzeigen wollen – das halten wir auch für wichtig –, dass das kein richtiger, zielführender Lösungsansatz ist.

(Johannes Stober)

Ansonsten gebe ich Ihnen recht, Herr Kollege Lusche, dass man kritisch auf alles schauen muss, natürlich auch auf Grenzwerte im Fahrzeugbereich. Ich glaube jedoch, dass das große Problem, das wir immer haben, nicht die Grenzwerte als solche sind, sondern kurze Fristen, in denen die dann erfüllt werden müssen. Ich glaube, gerade die baden-württembergische Automobilwirtschaft ist durchaus in der Lage, anspruchsvolle Grenzwerte zu erfüllen, aber es muss einen Zeitplan geben und es darf nicht alle zwei, drei Jahre eine neue Anforderung kommen.

Wir haben heute unter TOP 1 über dieses Thema diskutiert, wir beide gestern auch bei einer gemeinsamen Podiumsdiskussion. Gerade im Verkehrsbereich haben wir die Chance, auf E-Mobilität zu setzen, doch das werden wir nicht in allen Bereichen schaffen. Deswegen kann es dort nur über Energieeinsparung, also über mehr Energieeffizienz gehen. Das bedeutet an dieser Stelle auch geringere Verbrauchswerte. Ansonsten werden wir die Klimaschutzziele, die wir uns im Klimaschutzgesetz zumindest mit der CDU gemeinsam gegeben haben, nicht erreichen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Debatte und für die Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Paris-Protokoll, Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020, diese Blaupause ist – das sieht man, wenn man es durchliest – eigentlich gar nicht daneben. Es zeigt sich aber auch, dass innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union teilweise andere Auffassungen herrschen.

Erstens: In diesem Blueprint ist als ein zentrales Ziel ein integrierter EU-Energiemarkt vorgegeben. Vorhin ist sehr viel über Europa gesprochen worden. Ich denke, gerade im Bereich der Energiepolitik hat Europa sehr große Chancen.

Beim Klimaschutz kann weder Deutschland noch Baden-Württemberg allein nennenswert etwas ausrichten. Was in Baden-Württemberg in einem Jahr emittiert wird, wird weltweit an einem Tag emittiert. Wir können allenfalls dann eine Rolle spielen, wenn wir im geeinten Europa gemeinsam an einem Strang ziehen, als Vorbild dienen sowie eine bezahlbare Energiewende schaffen. Gemeinsam bedeutet aber auch, Kompromisse einzugehen. Bei Kompromissen wird dann klar, was es bedeuten kann, wenn z. B. die Wettbewerbskommissarin Vestager sagt, sie wolle gegen marktverzerrende Eingriffe einzelner Mitgliedsstaaten vorgehen, sie wolle gegen unkoordinierte Fördersysteme für erneuerbare Energien vorgehen.

Übrigens: Auch der Weltklimarat warnt vor nationalen Alleingängen. Denn diese Alleingänge konterkarieren europäische oder vielleicht sogar über Europa hinausreichende Abkommen.

Einer dieser nationalen Alleingänge ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Wir müssen doch zukünftig viel mehr europäisch denken und sehr viel stärker auf den CO₂-Zertifikatehan-

del hinwirken. Ab 2019 werden die Emissionsmengen wieder neu verhandelt werden. Ich denke, da müssen wir hart in die Verhandlungen gehen, um uns europaweit ambitionierte Ziele zu geben.

Der zweite Punkt zur EU-Rahmenstrategie, auf den ich eingehen möchte, ist das 27-%-Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien. Die EU will den Anteil bis 2030 auf 27 % steigern. Jetzt kann man natürlich immer schreien: „Wir wollen aber mehr.“ Aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass sich zum einen Deutschland schon auf einem ganz anderen Ausbauniveau als der Rest Europas befindet und es zum anderen keinem der anderen Länder Europas so gut geht wie Deutschland. Aus diesem Grund dürfen wir bei der Suche nach einem Kompromiss nicht vergessen, wo die anderen stehen.

Zum Thema CO₂-Abscheidung bzw. CCS. Wir wollen doch in Europa eine Technologieoffenheit signalisieren. Selbst wenn wir CCS nicht als die wesentliche Technologie für uns anerkennen, müssen wir eingestehen, dass wir nicht genau wissen, ob CCS in der Zukunft nicht doch eine Rolle für uns spielen kann. Aber wir wollen doch gerade auch Vorbild sein. Wir müssen auch China im Blick haben. Dort wird jeden zweiten Tag ein neues Kohlekraftwerk gebaut. Dort könnte CCS durchaus interessant sein. Deshalb ist es doch nur sinnvoll, dass auch die EU dort einen Schwerpunkt in der Forschung setzt.

Die Diversifizierung der Erdgasversorgung ist ein weiterer Punkt, der meiner Meinung nach in diesem Blueprint sehr gut erwähnt wird. Es wäre doch mit Blick auf Moskau ungut, wenn wir uns

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

allein von den russischen Gasreserven abhängig machen. Ich denke, es ist sinnvoll, dass wir hierbei Partnerschaften mit Norwegen pflegen oder die Einrichtung von Flüssiggasterminals an Seehäfen vorantreiben. Das ist mit Sicherheit sinnvoll.

Herr Kollege Murschel, Sie sind vorhin auf das Thema Fracking eingegangen. Wenn man Ihren Änderungsantrag liest und Ihnen zugehört hat, könnte man denken, dass die EU-Rahmenstrategie ein Loblied auf Fracking beinhalten würde. Das ist aber nicht so. Die Formulierung zu diesem Thema auf Seite 6 der Rahmenstrategie ist eher besonnen. Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben. Ich möchte es gern vorlesen:

Die Öl- und Gasgewinnung aus nicht konventionellen Quellen (z. B. Schiefergas) in Europa ist eine Option, sofern mit Fragen der öffentlichen Akzeptanz und der Umweltauswirkungen angemessen umgegangen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Es gibt hier also überhaupt keinen Grund zu grün-roter Panikmache mit Ihrem Änderungsantrag. Denn die Aussagen in der Vorlage sind sehr vorsichtig formuliert.

Ich möchte, weil meine Redezeit zu Ende geht, nur noch auf einen Punkt in Ihrem Änderungsantrag eingehen. Sie schreiben in Ihrem Änderungsantrag:

Der Landtag von Baden-Württemberg ... hält ... es für notwendig, mittelfristig mit den europäischen Partnern den europaweiten Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft vorzubereiten.